

Stand: 24.06.2026 10:06:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/262

"Windenergie in Bayern ermöglichen - Regionale Planungsverbände unterstützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/262 vom 10.12.2013
2. Beschluss des Plenums 17/302 vom 11.12.2013
3. Plenarprotokoll Nr. 8 vom 11.12.2013



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Windenergie in Bayern ermöglichen – Regionale Planungsverbände unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die höheren Landesplanungsbehörden anzuweisen, Fortschreibungen von Regionalplänen betreffend den Ausbau der Windenergie schnellstmöglich für verbindlich zu erklären, wenn von Seiten der Planungsträger alle relevanten Belange positiv geprüft wurden.

Begründung:

Derzeit weigert sich die Regierung von Mittelfranken mit Rückendeckung des zuständigen Staatsministers, Dr. Markus Söder, die 17. Änderung des Regionalplans Industrieregion Mittelfranken (7) für verbindlich zu erklären. Als Begründung wird der Plan der Staatsregierung herangezogen, im Bund eine Länderöffnungsklausel durchzusetzen. Den höheren Planungsbehörden ist es aber verwehrt, im Wege der Fachaufsicht unter Verweis auf eine bloße Aussage in einem Koalitionsvertrag einen Regionalplan auf Eis zu legen. Vielmehr sind die höheren Planungsbehörden verpflichtet, den Regionalplan endlich als verbindlich zu erklären, da alle im BayLplG vorgesehenen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Regionalplans gegeben sind. Eine der Verbindlichkeit entgegenstehende gesetzliche Regelung für größere Abstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung besteht derzeit nicht. Die bloße Ankündigung im Koalitionsvertrag, die Möglichkeit einer solchen Regel für die Länder zu schaffen, ist bereits aus Gründen des Vertrauensschutzes nicht geeignet, das Inkrafttreten des vorliegenden Regionalplans zu stoppen.

Die Fortschreibung des Regionalen Planungsverbands Industrieregion Mittelfranken wurde mit großem Konsens und breitem Rückhalt in der Bevölkerung und der kommunalen Verwaltung geplant. Die Genehmigung durch das Landratsamt Fürth wurde bereits erteilt, lediglich die Verbindlicherklärung des Regionalplans durch die höheren Planungsbehörden steht noch aus. Gegen die Genehmigung wurden keine Klagen erhoben, insbesondere auch nicht von Anwohnern.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/262

Windenergie in Bayern ermöglichen – Regionale Planungsverbände unterstützen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Walter Nussel

Abg. Thorsten Glauber

Staatssekretär Johannes Hintersberger

Abg. Ludwig Hartmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Windenergie in Bayern ermöglichen - Regionale Planungsverbände unterstützen
(Drs. 17/262)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

Windkraft entfesseln (Drs. 17/276)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)

Windenergie in Bayern (Drs. 17/277)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Stümpfig. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die regionalen Planungsbehörden und die Regierungen haben in den letzten Jahren für die Windkraft eine tolle Arbeit geleistet. Zahlreiche Gebiete wurden überprüft, Gutachten erstellt und Belange abgewogen. Das Ergebnis dieser Planung waren Vorranggebiete, die sich gut für Windkraftanlagen eignen. Jetzt soll mit einem Federstrich diese ganze Arbeit vergeblich gewesen sein. Die Regionalpläne sollen bis zu einem unbestimmten Zeitpunkt – Herr Söder spricht vom Januar, Frau Aigner von irgendwann im Sommer – nicht mehr für verbindlich erklärt werden. Wörtlich sagte

Herr Söder: "Derzeit werden in Bayern keine Windkraftanlagen genehmigt." Ziel der Regionalplanung ist es jedoch, in enger Zusammenarbeit mit den Bürgern und den Behörden vor Ort Standorte für Windkraftanlagen zu finden. Vorrangflächen werden ausgewiesen, und Windkraftanlagen sollen gebündelt werden. Im Wahlkampf sagte unser Ministerpräsident noch, er lasse Bayern nicht verspargeln. Als Erstes machen Sie, Herr Seehofer, jetzt aber die Regionalplanung platt, mit der genau dieses Ziel erreicht werden soll. Bravo, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verhalten sich so, wie wenn Sie baden gehen wollten, aber erst einmal das Wasser aus der Wanne lassen. Wenn Sie so weitermachen, geht mit Ihnen die Energiewende baden. Jetzt liegen sehr viele Projekte auf Eis. In Mittelfranken sind es beispielsweise 12 Projekte mit insgesamt 50 Anlagen, in der Oberpfalz 217, in Schwaben 50, und in ganz Bayern hängen rund 600 Windkraftanlagen in der Luft. Hinter all diesen Anlagen und Projekten steckt unglaublich viel Arbeit, Zeit und Energie. Tausende von Bürgern haben den Aufruf der Politik ernst genommen: Raus aus dem Atom, Schluss mit den fossilen Brennstoffen, rein in ein Zeitalter mit erneuerbaren Energien und aktivem Klimaschutz. Jetzt werden sie von unserer Staatsregierung massiv ausgebremst.

Herr Ministerpräsident, nach der Wahl haben Sie angekündigt, dass Sie eine Koalition mit den Bürgern machen werden. Anscheinend aber suchen Sie sich die Bürger, die Sie in die Koalition aufnehmen wollen, ganz alleine aus. Die Bürger, die aktiv in eine saubere und zukunftsfähige Energieversorgung investieren, haben es wohl leider nicht Ihre Koalition geschafft. Ganz nebenbei sind Tausende Jobs in Gefahr. Millionen von Euro aus Energiegenossenschaften und Kommunen sind in den Sand gesetzt. In den Landratsämtern und den Regierungen herrschen Entsetzen und totale Verwirrung, weil sie von der Staatsregierung offensichtlich zu einem Rechtsbruch aufgefordert werden.

Ich will gar nicht darauf eingehen, wie wichtig die Energiewende ist und wie wichtig die Windenergie für den Schutz des Klimas und für ein zukunftsfestes Energiesystem ist. Dass die Staatsregierung mit ihren jüngsten Initiativen versucht, die Energiewende rückgängig zu machen, und wahrscheinlich auf lange Sicht die Rückkehr zur Atomkraft plant, liegt für uns auf der Hand. Dass die Staatsregierung mit ministeriellen Rundschreiben die Genehmigungsbehörden auffordert, alles zu tun, um die Windenergie zu verhindern, ist auch kein Geheimnis mehr. Dass die Staatsregierung jedoch in Person von Herrn Söder Bayern zum rechtsfreien Raum erklärt, ist in der Tat eine neue Dimension. Herr Söder verkündete in einer Pressemitteilung, dass derzeit in Bayern keine neuen Windkraftanlagen genehmigt werden. Da müssen wir schon fragen: Auf welcher rechtlichen Basis tun Sie dies, Herr Minister? Gilt das Baugesetzbuch in Bayern ab sofort nicht mehr? So mancher Regierungspräsident und viele Landräte wissen ganz genau, dass ihr Handeln nicht rechtskonform ist, wenn sie sich an die Anweisungen unseres Heimatministers halten. Fachleute und Juristen sind sich einig: Für eine Verweigerungshaltung gibt es keine Rechtsgrundlage. Das ist eine reine Willkür unseres Landesfürsten, des Herrn Seehofer. Eine Behörde hat sich an die bestehende Gesetzeslage zu halten. Hat die Anlage einen Abstand von 800 Metern und sind alle anderen Belange geklärt, besteht ein Anspruch auf Genehmigung. Das Agieren der Staatsregierung ist ein glatter Aufruf zum Rechtsbruch. Wenn die Staatsregierung so weitermacht, sind unzählige Klagen und Schadenersatzforderungen in Millionenhöhe vorprogrammiert. Da sagen wir: Das haben Sie sich auch redlich verdient. Es ist keinesfalls so, wie Sie, Frau Aigner, es letzte Woche in Würzburg sagten: Wenn etwas im Kabinett eingebracht oder beschlossen worden ist, besteht eine neue Rechtsgrundlage. Das sagten Sie. Frau Aigner, wir sind nicht in der Vorweihnachtszeit und auch nicht in der Märchenstunde. So schnell wie ein Herr Drehhofer lassen sich Gesetze in Bayern leider noch nicht drehen. Ein bekannter Fachanwalt aus Würzburg kommentierte Ihre Aussage ganz trocken: Das ist natürlich ausgemachter Blödsinn.

Zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU zwei Sätze: Wir lehnen diesen Dringlichkeitsantrag ab, da wir die Regelungen im Koalitionsvertrag in keiner Weise

begrüßen. Der zweite Punkt Ihres Antrags besagt, dass die Regionalpläne besonders zu prüfen sind, dass ein Konsens hergestellt werden soll und Vertrauensschutzbelange berücksichtigt werden sollen. Das alles ist ein alter Hut. Wir sehen aber schon, dass Sie sich momentan auf dem Rückzug befinden. Sie führen ein Rückzugsgefecht, weil Sie merken, dass Ihnen die ganze Sache um die Ohren fliegt. Wir werden dafür sorgen, dass Ihnen das weiterhin um die Ohren fliegt. Um das Ganze zu verdeutlichen, abschließend noch ein konkretes Beispiel: Bei unserem Windkraftprojekt in Langenzenn, Mittelfranken, sollen fünf Windräder entstehen. 240 Bürger stehen hinter dem Projekt, die Nachbarkommunen sind eingeschaltet, der Stadtrat hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, und das Landratsamt Fürth hat vorbehaltlich der Verbindlicherklärung des Regionalplans die Baugenehmigung erteilt. Die Fundamente sind schon ausgehoben; denn es handelt sich ja nur noch um eine Formalie. Jetzt jedoch erteilt Regierungspräsident Bauer die Genehmigung nicht, weil die Arme von Herrn Söder und von Herrn Seehofer bis nach Ansbach reichen.

Die Bürger aus Langenzenn haben nun Klage eingereicht – darüber freuen wir uns sehr – und bauen weiter. Vor zehn Tagen habe ich das Projekt besucht. 90 Bürgerinnen und Bürger waren an einem Montagmorgen um 11 Uhr da. An diesen standhaften Bürgern können Sie sich, Herr Seehofer, ein Beispiel nehmen. Diese Bürger engagieren sich aktiv für die Energiewende, und Sie lassen sie hängen. Wie lange wollen Sie noch warten, bis Regierungspräsident Bauer die Erlaubnis erteilt, den Regionalplan für verbindlich zu erklären?

Der Regierungspräsident ist dazu ohnehin schlichtweg verpflichtet. Die Regierung ist höhere Landesplanungsbehörde und bei der Windkraft lediglich begleitende Fachaufsicht. Das bayerische Landesplanungsgesetz sagt ganz klar: Die Regierung hat nur planerisches Ermessen. Deswegen ist es Größenwahn und eine maßlose Überschätzung der eigenen Kompetenzen, wenn es jetzt von unserem Heimatminister heißt, in Bayern werden keine Windkraftanlagen mehr genehmigt. Genehmigungsbehörden sind die Landratsämter und die kreisfreien Städte, Herr Heimatminister.

Bei unserer Staatsregierung ist in punkto Windkraft Hopfen und Malz verloren. Deshalb wende ich mich jetzt abschließend besonders an die Landrätinnen und Landräte, an die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister und an die Regionalen Planungsverbände: Nutzen Sie Ihre gesetzgeberische Kompetenz! Erteilen Sie die Genehmigungen! Im Januar tagt das Bundeskabinett, und möglicherweise werden dort schnell neue Regelungen für Windräder erlassen. Sie wissen, im Raum steht ein Referenzwert von 75 %, damit nur noch leistungsstarke Windkraftanlagen eine EEG-Vergütung erhalten. Prüfen Sie als Landratsamt, als Oberbürgermeisterin und als Oberbürgermeister möglichst schnell, ob die eingereichten Projekte genehmigungsfähig sind. Erlassen Sie Vorbescheide; denn dann steigt die Chance, unter die Altfallregelung zu fallen.

Die Verantwortung für die Energiewende wurde kurz vor der Kommunalwahl von unserer unfähigen Staatsregierung an die Kommunen und an die Landratsämter abgeschoben. Vor Ort können Sie jetzt zusammen mit den Bürgern tatkräftig für den Windkraftausbau werben und sich dafür einsetzen, und dies alles völlig rechtskonform. Wir wünschen Ihnen dabei viel Erfolg und bieten unsere Unterstützung an.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat der Kollege Harry Scheuenstuhl von der SPD das Wort. Es ist seine erste Rede. Alles Gute.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Danke schön. - Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute steht wieder einmal die Windkraft auf der Tagesordnung. Doch heute geht es nicht um eine theoretische Betrachtung, sondern um einen ganz konkreten Fall. Wie bereits erwähnt, warten in Langenzenn, in den Landkreisen Fürth und Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim zahlreiche Familien kurz vor Weihnachten sehnlichst auf eine Nachricht aus München. Die Nachricht von der heutigen Entscheidung des Landtags ist für sie sehr wichtig. Was haben diese Menschen getan? - Sie sind den Appellen der Politik gefolgt und

haben für ein nachhaltiges Projekt Geld zur Verfügung gestellt. Sie haben in die erneuerbaren Energien investiert und wollten Windräder bauen.

Nach den zahlreichen Pannen bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie – hier seien nur die Ereignisse in Fukushima und Tschernobyl in Erinnerung gerufen – forderten 2011 viele Parteien ein Ende der Atomenergie und den Aufbau einer alternativen umweltfreundlichen Energieerzeugung. Ab Ende 2011 kam der sogenannte Söder-Windkraftbeschleunigungserlass. Man wollte mit ihm innerhalb kürzester Zeit rund 1.400 Windräder bauen. Es konnte nicht schnell genug gehen. In meiner Heimatgemeinde – sie liegt neben Langenzenn – sind zum Beispiel fünf Windräder mit einer Höhe von jeweils 180 Meter entstanden. Die Bürgerinnen und Bürger folgten den Worten der Politik und planten weitere Projekte.

Die Regierung von Mittelfranken forderte die Gemeinden und Städte auf, Windflächen für den Regionalplan zu melden. Sonst, so die Befürchtung der Beamten, komme es zu einem Wildwuchs, und die Planungen würden aus dem Ruder laufen. Bürgermeister, Gemeinde- und Stadträte mussten sehr gut begründen, wenn keine oder nur wenige neue Windflächen gemeldet wurden. Die Regierung befürchtete, dass der Plan einer gerichtlichen Nachprüfung nicht standhalten würde, wenn zu wenig Bauflächen für Windräder angeboten würden. Das Ausschlussprinzip war in Gefahr.

In einem ausgiebigen Prozess diskutierten die beteiligten Gemeinden über Landkreisgrenzen hinweg und suchten nach einvernehmlichen Lösungen. Man fand tatsächlich Standorte, die von allen akzeptiert wurden. Ich wende mich ganz besonders an die Kolleginnen und Kollegen der CSU und sage: Diese Standorte sind von der Bevölkerung, von den Gemeinden, von den Städten, von den Landkreisen und von der Regierung akzeptiert.

Die Bürgerschaft schloss sich zusammen und sammelte Geld. Dann wurde, wie bereits vom Kollegen erwähnt, ein Bauantrag eingereicht. 1,5 Millionen Euro sind bereits investiert. Wäre – das muss man ehrlicherweise sagen – nicht die Landtagswahl da-

zwischengekommen, würden sich vielleicht heute schon die Räder im Wind drehen und umweltfreundlich Energie erzeugen.

(Beifall bei der SPD)

Laut Angaben der Familien – es handelt sich nicht um irgendwelche Investoren, die vielleicht aus Amerika oder Russland kommen, sondern um örtliche Bürger – sind ihnen bereits 750.000 Euro an Erlösen, die fest in die Finanzierung eingeplant waren, entgangen. Die finanzielle Schmerzgrenze der Familien ist erreicht. Sie können nicht mehr darauf warten, in einem halben oder einem Jahr vielleicht eine Unterschrift zu bekommen. Es besteht die akute Gefahr, dass diese Familien in finanzielle Not geraten. Nicht nur die Familien, sondern auch die Hersteller der Anlagen warten auf die heutige Freigabe. Alles blickt auf dieses Gremium. Immerhin werden 24,5 Millionen Euro investiert, und die Anlagen – es sind insgesamt fünf – sind schon im Bau. Alle Genehmigungen sind vorhanden. Es fehlt nur eine Unterschrift, und zwar die unter den Regionalplan.

Die Bürgerinnen und Bürger haben Ihnen geglaubt und sich auf Ihr Wort verlassen, Herr Ministerpräsident. Sie haben allen erzählt, dass Sie es ernst meinen mit der Energiewende. Weisen Sie die Regierung von Mittelfranken an, den Regionalplan für verbindlich zu erklären, und entfesseln Sie die Windkraft! Ich habe den subjektiven Eindruck, dass auch Regierungspräsident Bauer nach sechs Monaten intensiver Prüfung gern seine Unterschrift unter die Erklärung setzen würde. – Ich darf zur Vollständigkeit darauf hinweisen, dass sechs Monate die maximale Prüfungszeit sind. Bei der Regierung weiß man gar nicht mehr, was man jetzt noch prüfen soll. Worauf sollen die Leute denn warten, und was sollen sie noch einmal nachschauen, wenn doch alle einverstanden sind?

Herr Ministerpräsident und Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie verlieren Ihr Gesicht nicht, wenn Sie heute den beteiligten Städten und Gemeinden ein positives Signal geben; denn in Ihrem eigenen Antrag steht, Sie wollen, dass die Projekte ak-

zeptiert werden. Jetzt sind die Projekte akzeptiert, und jetzt haut man den Bürgern wieder eine runter und sagt: Nein, so doch nicht; wir wollen noch einmal prüfen, und wenn ihr alle dafür seid, interessiert uns das nicht.

Herr Ministerpräsident, enttäuschen Sie die Bürgerinnen und Bürger nicht. Nehmen Sie das Telefon in die Hand – das reicht für ein Gespräch mit einem Regierungspräsidenten – und geben Sie den Regionalplan frei. Weihnachten steht kurz vor der Tür. Es wäre eine wirklich frohe Botschaft für die Familien in unserem Raum, wenn heute eine positive Nachricht aus München für meine fränkische Heimat käme und die Familien in Ruhe das Weihnachtsfest feiern könnten.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Nussel von der CSU das Wort. Auch er hält seine erste Rede im Hohen Haus.

Walter Nussel (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt spricht der dritte Mittelfranke in dieser Sitzung, und er vertritt eine andere Meinung als seine beiden Vorredner.

Wir alle haben uns das Thema Energiewende nicht leicht gemacht. Aber ich teile die Auffassung der Vorredner nicht und möchte der Aussage widersprechen, dass wir nur um des lieben Friedens willen heute Entscheidungen treffen, die wir dann – auch das haben Sie vorhin gesagt, Herr Stümpfig - mit einem Federstrich wieder ausmerzen. Wir sollten genau hinschauen. Das machen wir. Sie waren doch auch bei den Wahlkämpfen dabei. Sie haben miterlebt, wie bei den Bürgern draußen Emotionen hochkochen.

Unser Ministerpräsident hat ganz klar angesprochen, dass wir miteinander sprechen müssen, dass wir die Koalitionsverhandlungen abwarten müssen, dass wir diese Woche abwarten müssen, ob vonseiten der SPD der Koalitionsvertrag in Gang gesetzt wird. Dann müssen wir das Thema noch einmal auf den Prüfstand stellen.

Ich weiß, wir brauchen Vertrauensschutz; daran hält auch die CSU fest. Aber wir können nicht heute etwas in Gang setzen, was uns dann bei anderen Projekten wieder einholt. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt und bitten Sie, ihm zuzustimmen, damit uns das nicht irgendwann einholt, was uns von der Opposition immer vorgeworfen wird.

Wir in Mittelfranken haben das Thema Windräder über Jahre hinweg – das kann ich wohl sagen – in einem Verfahren mit Zonierungsgebieten so ausgiebig wie kein anderer Regierungsbezirk geprüft. Aber wir können heute keinen Schnellschuss machen, wie Sie ihn fordern.

(Natascha Kohnen (SPD): Schnellschuss?)

Deswegen appelliere ich an Sie: Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass der Koalitionsvertrag erst verabschiedet sein muss.- Das hat schon etwas damit zu tun; denn darin steht explizit, dass ein Teil Bundessache werden wird und ein Teil Ländersache. Wir können das heute nicht so verabschieden. Ich wehre mich dagegen, dass Herr Stümpfig sagt, wir oder die Staatsregierung seien Größenwahnsinnig oder unfähig. Ich bitte darum, wenn schon Weihnachtsfriede sein soll, dann auch zu einer anderen Wortwahl zu kommen. Jedem im Raum muss klar sein, dass wir künftig über Höhen von Windrädern sprechen, die wir uns vor drei, vier oder fünf Jahren überhaupt noch nicht vorstellen konnten. Wir sind jetzt bei 200 m, aber es gibt schon Planungen von Ingenieuren, die noch darüber hinausgehen werden. Wie wir damit umgehen werden, muss geregelt werden, damit wir unsere Bürgerschaft auch schützen. Wenn wir uns jetzt noch zwei Monate geben, um das, was ich gesagt habe, zu prüfen und in die Überlegungen einfließen zu lassen, bin ich der festen Überzeugung, dass wir das den Menschen zumuten können. Auch bei mir standen die Investoren vor der Haustür. Ich habe sie hereingebeten und stundenlang mit ihnen diskutiert.

Ich bitte also um Unterstützung unseres Antrags, damit wir im nächsten Jahr zum Thema Energiewende gemeinschaftlich zum Wohle unseres Landes arbeiten.

Die Situation in Mittelfranken wird von Ihnen so dargestellt, als würde morgen die Welt untergehen. Wir tragen Verantwortung für das gesamte Land Bayern. Das haben auch genügend Kollegen gesagt. Ich appelliere noch einmal an die Vernunft des Hohen Hauses: Beschließen wir unseren Dringlichkeitsantrag und geben wir uns dann sechs bis acht Wochen Zeit, damit wir entsprechende Regelungen im Februar verabschieden können und dann die Windräder gebaut werden können.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich das Hohe Haus noch davon in Kenntnis setzen, dass für die Anträge der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils namentliche Abstimmung beantragt wurde. Als nächster Redner hat Herr Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Walter Nussel davon spricht, dass wir keine Schnellschüsse wollen, dann muss ich mich fragen, was wir in den letzten zwei Jahren getan haben, was vor allem die Regionen draußen, die Landkreise und Kommunen getan haben.

Hier sind 45 neue Kollegen. Überlegen Sie sich einmal, dass das ein glatter Aufruf zum Rechtsbruch ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Eines kann ich überhaupt nicht verstehen. Früher hätte es sich eine starke CSU-Landtagsfraktion nie bieten lassen, dass ein Minister oder der Ministerpräsident zum Rechtsbruch aufruft. Sie aber sitzen alle hier wie die Lemminge und verfolgen das. Das ist unverständlich. Vor zwei Jahren verkündete von diesem Pult der Umweltminister: Fukushima verändert alles. Diese Aussage hatte in Bayern einen Windkrafteffekt zur Folge. Dieser Windkrafteffekt hat die Regionen in Bayern ermutigt zu handeln, was den Bau von Windkraftanlagen angeht. In manchen Landkreisen wurden Teilflächennutzungspläne erstellt, in manchen Regionen wurde über die Regionalen Pla-

nungsverbände gearbeitet. Diese Planungsverbände haben über Monate sehr gute Arbeit geleistet und sind unter Abwägung aller Belange zu Ergebnissen gekommen, über die auf lokaler Ebene entschieden wurde und nicht par ordre du mufti.

Was ist denn mit den 1.500 Windrädern in Ihrem Energiekonzept, die Sie über Ihren Windkrafterlass realisieren wollten? War es wieder mal so: "Fishing for compliments und nach der Wahl interessiert mich mein Geschwätz von gestern nicht mehr"? - Wie will man denn die Energiewende gestalten? Sie bringen den Vertrauensschutz zum Erliegen. Das ist völlig unverständlich. Für die Zukunft und die Energiewende erweisen Sie uns einen Bärendienst. Bei der jetzigen Rechtslage akzeptieren Sie, dass wir im Freistaat eine Klagewelle mit Rückendeckung des Bayerischen Ministerpräsidenten bekommen. Wenn Sie wollen, dass geltende Gesetze nicht umgesetzt werden, ist das Ihre Sache. Wir sind in diesem Landtag, damit wir geltendes Gesetz umsetzen. Und das sieht momentan ein BlmSch-Verfahren vor.

Es ist das Langenzenner Projekt angesprochen worden. Das Langenzenner Projekt wurde nach einem BlmSch-Verfahren bewertet. Dort wurde der Abstand über den Schall ermittelt. All das wurde in Abstimmung mit den Bürgern und ohne Widerspruch vollzogen. Und was machen wir hier? Wir sagen: Was interessiert mich das Gesetz? Wir setzen es einfach nicht um; wir wissen es besser. Die Kommunen sollen tun, was sie tun wollen. So kann das Projekt nicht umgesetzt werden.

Es ist ein schwarzer Tag für die kommunale Planungshoheit. Und Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie akzeptieren diesen schwarzen Tag für die kommunale Planungshoheit. So wie Sie mit dem Thema umgehen, verwirken Sie die Energiewende und den Vertrauensschutz unserer Bürgerinnen und Bürger. Sie werden die Energiewende zum Erliegen bringen. Das versichere ich Ihnen. Und dann werden Sie einen erheblichen Schaden am Wirtschaftsstandort Bayern haben. Das muss Ihnen klar sein. Wenn Sie ein wirtschaftsstarkes Bayern wollen, müssen Sie mit Recht und Gesetz anders umgehen. So müssen Sie sich diese Vorwürfe gefallen lassen. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen der SPD wer-

den wir zustimmen, wobei ich aber schon erklären möchte, dass wir nicht verstanden haben, warum Sie in den Koalitionsverhandlungen der Öffnungsklausel nachgegeben haben. Dem Antrag der GRÜNEN stimmen wir natürlich zu. Denn er enthält das, wofür wir FREIEN WÄHLER auch stehen. Wir stehen für die kommunale Planungshoheit, wir stehen für die kommunalen Belange. Wenn Verfahren so sauber im Einverständnis aller durchgeplant wurden, dann gibt es nur Zustimmung.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Herr Staatssekretär Johannes Hintersberger das Wort. Bitte, Herr Staatssekretär.

(Margarete Bause (GRÜNE): Da ist der Ministerpräsident zuständig!)

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende erfordert den Ausbau und die verstärkte Nutzung der erneuerbaren Energien. Daran gibt es überhaupt nichts zu deuteln. Wir werden diesen Ausbau auch bei der Windenergie, die ebenfalls einen wichtigen Bestandteil darstellt, weiterhin befördern, meine Damen und Herren. Von Aussetzen der Energiewende, von einem Zurückdrehen der Energiewende kann keine Rede sein. Solche Aussagen entbehren jeglicher Grundlage.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Leider nein!)

Wir sind mit mehr als 600 Windkraftanlagen in Bayern nicht nur auf einem guten Weg, sondern auf einem guten Stand, was die Nutzung der erneuerbaren Energien und hier der Windkraft anbelangt. Aber unser Auftrag ist es, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Energiewende auch raumverträglich zu gestalten. Moderne Windkraftanlagen – das ist von den Kollegen bereits gesagt worden – haben heute zum Teil eine Höhe von über 200 Metern. Es muss eine ausgewogene Regelung erreicht werden, die sowohl dem Schutz der Bevölkerung, den Bedenken der Bürger und dem Schutz der Landschaft einerseits wie auch der Umsetzung der Energiewende gerecht wird. Dies ist unser Auftrag. So verstehen wir auch den politischen Auftrag, diese Aufgabe ver-

antwortungsbewusst zu handhaben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie kennen sehr wohl die Vielzahl der Sorgen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, und Sie kennen auch die Vielzahl der großen und kleinen Bürgerinitiativen in diesem Bereich. Tun wir doch nicht so, als ob es die nicht gäbe. Jeder, der draußen vor Ort ist, kennt diese Situation.

Ich möchte aber auch deutlich sagen, dass wir die engagierte Arbeit in den Regionalen Planungsverbänden, in den Gemeinden sehr wohl deutlich sehen und nicht nur respektieren, sondern uns dafür auch bedanken. Die Sorgen der Bürger sind ernst zu nehmen. Darum gilt es, die notwendigen Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung sehr genau, sehr sensibel zu prüfen und dementsprechend zu sichern.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Hintersberger, ich habe eine Meldung für eine Zwischenfrage. Sie lassen keine Zwischenfrage zu. Aber im Anschluss kann eine Zwischenbemerkung gemacht werden.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): - Lassen Sie mich den Gedanken noch zu Ende führen. Vor diesem Hintergrund haben die betroffenen Ministerien – Sie wissen das – die nachgeordneten Behörden bereits im August dieses Jahres darauf hingewiesen, dass bei der Windenergienutzung möglichst konsensuale Lösungen gefunden werden sollen und dass der Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes selbstverständlich bei Genehmigungsentscheidungen zu berücksichtigen ist. Das ist doch keine Frage.

Die offenen Fragen zur Windenergie, die es noch zu klären gilt, sind sehr differenziert, sehr vielschichtig und betreffen die verschiedenen Fachbereiche. Neben der Regionalplanung ist zwingend der Energiebereich zu nennen, aber auch die Bauleitplanung, der Umweltschutz, die Land- und Forstwirtschaft sind zu beteiligen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Zur Klärung aller die Windkraft betreffenden Fragen wird der Ministerpräsident voraussichtlich im Januar ein Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden führen und alle Fragen in Sachen Windkraft mit allen betroffenen Ressorts, die miteinbezogen werden, klären. Isolierte Entscheidungen – das ist die Überzeugung der Staatsregierung – sind nicht sachdienlich. Daher müssen die anstehenden Entscheidungen über die Verbindlicherklärung von regionalen Steuerungskonzepten zur Windenergie noch bis Januar zurückstehen.

Die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sind daher aus unserer Sicht, aus Sicht der Staatsregierung, abzulehnen. Wir begrüßen ausdrücklich den Antrag der CSU, wie er hier dargestellt worden ist. Warum? Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vorgesehene Länderöffnungsklausel im Koalitionsvertrag ermöglicht es den Ländern, eigene Mindestabstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung festzulegen. Ich darf hier noch einmal deutlich machen: Genau diese Länderöffnungsklausel im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD entspricht der Bundesratsinitiative von Bayern und Sachsen aus dem vergangenen Sommer. Ob Ihnen das passt oder nicht, Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, das ist Fakt. Die Forderung, bei Entscheidungen über die Verbindlicherklärung bei der Fortschreibung des vorliegenden Regionalplans darauf zu achten, dass konsensuale Planungen und Vertrauensschutzbelange vorliegen, wie es im Antrag der CSU-Fraktion noch einmal deutlich gemacht wird, ist und war ein wichtiges Anliegen der Staatsregierung. Das wurde auch in zwei gemeinsamen Schreiben der Ministerien im August an die Regierungen, an die Regionalen Planungsverbände und an die Kreisverwaltungsbehörden deutlich zum Ausdruck gebracht. Selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Vertrauensschutzbelang dementsprechend weiter aufrechtzuerhalten. Das ist doch überhaupt keine Frage. Das wird auch geprüft und behält seinen Bestand. Von daher bitte ich, die Anträge der GRÜNEN und der Fraktion der SPD abzulehnen. Ich begrüße namens der Staatsregierung nochmals den Antrag der CSU-Fraktion. Wir werden die Frage aufgrund der vorgelegten Fakten bis Januar einer Klärung zuführen und damit dann auch insgesamt all jene Punkte, die Windkraft betreffen, klären.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatssekretär, danke schön. Bleiben Sie bitte am Redepult. Herr Scheuenstuhl hat sich zu einer Zwischenbemerkung zu Wort gemeldet. Als weiterer Redner hat sich Kollege Hartmann für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Scheuenstuhl, Sie haben das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Hintersberger, ich habe eine Frage, beginne aber zunächst mit einer Zwischenbemerkung. Hier handelt es sich ja konkret um den Regionalplan Industrieregion Mittelfranken und um Fälle, die unstrittig sind. Ihre Bemerkungen, wie Sie die Sache insgesamt in Bayern angehen wollen, nehme ich einfach einmal zur Kenntnis. Hier geht es aber um konkrete Fälle. Es gibt keinen Widerstand; es gibt keine Diskussion. Alle sind einverstanden. Unser Antrag bezieht sich nur auf den Regionalplan und nur auf einen Anruf des Ministerpräsidenten. Sie dürfen auch anrufen; auf Sie würde der Regierungspräsident wahrscheinlich auch hören, wie ich annehme.

Um es den Kollegen noch einmal klar aufzuzeigen: Mit der Entscheidung, unseren Antrag abzulehnen, werden die Windräder zunächst einmal verhindert. Meine Frage an Sie lautet: Was soll ich denn jetzt meinen Bürgerinnen und Bürgern sagen, wenn ich heim komme? Soll ich sagen: Die in München wollen nicht; sie wollen noch warten; sie wollen noch prüfen? Die sechsmonatige Prüfungsfrist ist abgelaufen. Es wurde schon geprüft.

Sie haben den Vertrauensschutz angesprochen. Dieses Wort ist mir quasi hinuntergegangen wie Öl. Diesen Vertrauensschutz wollen wir den Bürgern geben. Im Landesplanungsgesetz stehen doch die sechs Monate. Diese sind abgelaufen. Gibt es denn eine Möglichkeit, dass der Freistaat Bayern Schadenersatz leistet? Aus Vorausleistungen resultieren 1,5 Millionen Euro und weitere 750.000 Euro aus entgangenen Einnahmen. Vorhin hat es geheißen: Zwei, drei Monate – ich weiß nicht, wie lange – soll noch geprüft werden. Das Gleiche fällt also noch einmal an. Wer soll das bezahlen? Ich kann doch nicht heimgehen und meinen Familien sagen: Packt eure Weihnachts-

geschenke wieder ein, verkauft sie, setzt sie auf eBay; es ist Schluss. Vielleicht können Sie positive Signale geben.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Herr Kollege Scheuenstuhl, es geht nicht um Weihnachtsgeschenke, sondern es geht um eine

(Zuruf von der SPD: Konkrete Frage!)

bestmögliche Planungssicherheit und um einen bestmöglichen Ausgleich.- Wollen Sie es hören oder nicht? Ich habe Sie auch ausreden lassen. Es geht nicht um Weihnachtsgeschenke, sondern es geht um eine bestmögliche Planungssicherheit; es geht um eine bestmögliche, ausgewogene Regelung, um, wie ich gesagt habe, sowohl die Belange der Bürger, der Bevölkerung als auch den Schutz der Landschaft zusammenzubringen. Ob Ihnen dies passt oder nicht – dies ist unsere Auffassung und unsere Überzeugung. Deshalb hat die Staatsregierung auch beschlossen, dass wir die Entscheidung der neuen Bundesregierung im Januar abwarten, was die Länderöffnungsklausel anbelangt, dass wir aber sicherstellen, dass Belange des Vertrauensschutzes, wenn sie geprüft worden sind, auch berücksichtigt werden. Das ist nicht die Frage, sondern das ist die Grundlage. Dies können Sie auch Ihren Leuten vor Ort sagen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt hat als Nächster Herr Kollege Hartmann das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatssekretär, könnte man einmal die entscheidende Frage beantworten, und könnte auch der Ministerpräsident einmal kurz zuhören: Wer ist in der Staatsregierung

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

für das Thema Energiewende eigentlich zuständig? Wer ist für das Thema Abstandsflächen zuständig? Wer ist für das Thema Windkraft zuständig? Wir haben schon vor zwei Monaten gehört, dass dies in einem Ministerium gebündelt wird. Wir sehen hier aber, dass Sie als Staatssekretär auftreten. Wer ist denn faktisch für das Thema Abstandsflächen zuständig? Wer ist für das Thema Windkraft in Bayern zuständig? Es wäre nett, wenn Sie heute beantworten könnten, bei welchem Ministerium die Verantwortung liegt.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, den mein Vorredner angesprochen hat. Wir reden über einen ganz konkreten Fall, der in den Gemeinden unstrittig ist und hinter dem die Landkreise stehen. Wir reden über einen solchen Fall. Warum wird dies nun hinausgezögert? Es gibt doch einen deutlichen Unterschied zu anderen Fällen, die Sie immer einbringen. Wir haben die Vermutung: Wenn die Bürgermeister aller möglichen Parteien dies gemeinsam mit Landräten und mit Energiegenossenschaften hinbekommen, ziehen Sie die Bremse und zerstören das. Diese Politik ist doch komplett verfehlt.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Herr Kollege Hartmann, die Antwort auf Ihre zweite Frage habe ich gerade gegeben.

(Zuruf von der SPD: Nein, das war keine Antwort!)

Zu Ihrer ersten Frage: Schauen Sie sich ihre eigenen Beschlüsse an, die Sie hier auch mitgetragen haben. Unser Haus ist zuständig für den Landesentwicklungsplan. Deshalb spreche ich als Vertreter dieses Hauses. Die Bündelung der Aufgabenbereiche zur Energie ist eindeutig beim Wirtschaftsministerium angesiedelt. Damit ist Ihre Frage beantwortet.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Ich lasse über den Antrag, zu dem keine namentliche Abstimmung beantragt worden ist, nämlich den Antrag der CSU, als Ersten abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/277 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/262. Für die namentliche Abstimmung sind fünf Minuten vorgesehen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 09.48 bis 09.53 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt und zu gegebener Zeit dem Haus mitgeteilt.

Wir kommen nun zur nächsten namentlichen Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/276. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür sind drei Minuten vorgesehen. Die Abstimmungszeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, das Ergebnis außerhalb des Plenarsaals zu ermitteln. Es wird zu gegebener Zeit hier mitgeteilt.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Windenergie in Bayern ermöglichen – Regionale Planungsverbände unterstützen" – Drucksache 17/262 – bekannt: Mit Ja haben 76, mit Nein 82 Abgeordnete gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Nun gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Scheuenstuhl, Kohnen und Fraktion (SPD) betreffend "Windkraft entfesseln" – Drucksache 17/276 – bekannt: Mit Ja haben 73, mit Nein 81 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Windenergie in Bayern ermöglichen - Regionale Planungsverbände unterstützen (Drucksache 17/262)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar				Hartmann Ludwig	X		
Biedefeld Susann				Heckner Ingrid		X	
Blume Markus				Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans	X		
Brannekämper Robert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herz Leopold	X		
von Brunn Florian	X			Hiersemann Alexandra	X		
Brunner Helmut				Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Celina Kerstin	X			Holetschek Klaus		X	
				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dettenhöfer Petra		X		Huber Erwin		X	
Dorow Alex				Dr. Huber Marcel			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Thomas		X	
				Dr. Hünnerkopf Otto			
Eck Gerhard		X		Huml Melanie			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X					
Eisenreich Georg				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Kamm Christine	X		
Felbinger Günther	X			Kaniber Michaela		X	
Flierl Alexander		X		Karl Annette			
Dr. Förster Linus	X			Kirchner Sandro		X	
Freller Karl		X		Knoblauch Günther	X		
Füracker Albert				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		
Ganserer Markus	X			Kränzle Bernd		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja			
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	76	82	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion SPD; Windkraft entfesseln (Drucksache 17/276)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar				Hartmann Ludwig	X		
Biedefeld Susann				Heckner Ingrid		X	
Blume Markus				Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans	X		
Brannekämper Robert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herz Leopold		X	
von Brunn Florian	X			Hiersemann Alexandra	X		
Brunner Helmut				Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael			
Celina Kerstin	X			Holetschek Klaus		X	
				Dr. Hopp Gerhard			
Dettenhöfer Petra		X		Huber Erwin		X	
Dorow Alex				Dr. Huber Marcel			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Thomas		X	
				Dr. Hünnerkopf Otto			
Eck Gerhard				Huml Melanie			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X					
Eisenreich Georg				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Kamm Christine	X		
Felbinger Günther	X			Kaniber Michaela		X	
Flierl Alexander		X		Karl Annette			
Dr. Förster Linus	X			Kirchner Sandro		X	
Freller Karl		X		Knoblauch Günther	X		
Füracker Albert				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		
Ganserer Markus	X			Kränzle Bernd		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja			
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde			
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	73	81	0